

30.04.2013

Änderungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen**
Drucksache 16/2804

zur Unterrichtung der Landesregierung
„Neue Entwicklungen beim Opel-Standort Bochum“

Der Entschließungsantrag erhält folgende Fassung:

„Der Aufsichtsrat der Adam Opel AG hat am 17. April 2013 beschlossen, die Fertigung am Standort Bochum zum Jahresende 2014 zu beenden und die Fahrzeugproduktion an einen anderen Standort zu verlagern. Nach Angaben der Adam Opel AG betrifft dieser Schließungsbeschluss den gesamten Bochumer Standort. Diesem Beschluss des Opel-Aufsichtsrats war die mehrheitliche Ablehnung des Sanierungstarifvertrags durch die Belegschaft des Bochumer Opel-Werks vorausgegangen. Die Belegschaft in Bochum hatte in einer Abstimmung am 21.03.2013 mit 76,1% der abgegebenen Stimmen den Sanierungstarifvertrag abgelehnt.

Im Vorfeld der Abstimmung über den Sanierungstarifvertrag hat das Opel-Management erklärt, dass ohne eine Vereinbarung zwischen den Tarifpartnern die Zafira-Produktion in Bochum zum 1. Januar 2015 enden und auch die Fertigung in Bochum komplett eingestellt würde.

In dem zur Abstimmung stehenden Vertrag hatte Opel zugesichert, dass das zentrale Ersatzteillager über 2016 hinaus erhalten bleibe und dort sogar ca. 150 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten.

Datum des Originals: 30.04.2013/Ausgegeben: 30.04.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die aktuelle Presseberichterstattung der vergangenen Tage über eine mögliche Schließung des Warenverteilzentrums in Werk III zum Jahresende 2014 bezieht das Warenverteilzentrum nun in das Schließungsszenario von Opel ein.

Die Landesregierung hat sich intensiv für den Erhalt der Fahrzeugproduktion mit einer Vielzahl von Gesprächen mit allen Beteiligten auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, den Verantwortlichen bei der Stadt Bochum und in der Region am Standort Opel-Bochum eingesetzt. Dazu gehörte es auch, die Initiative für die Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ zu ergreifen und ihren Arbeitsprozess intensiv mit dem Ziel zu begleiten, sich nach Ende der Fahrzeugproduktion in Bochum für die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Region einzusetzen.

Die Verhandlungen zur rechtlichen Umsetzung dieser Gesellschaft zwischen der Stadt Bochum und der Adam Opel AG laufen und werden durch das Land weiter intensiv begleitet. Die Gesellschaft soll durch einen Beirat unterstützt werden. Die geplante öffentliche Vorstellung dieses Beirats Mitte Mai muss genutzt werden, um die inhaltlichen Pläne für die Arbeit der Entwicklungsgesellschaft vorzustellen.

Der Landtag stellt fest:

- Die Entscheidung des GM-Aufsichtsrates, den Standort Bochum Ende 2014 vollständig aufzugeben, ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten und ihre Familien, die Stadt Bochum und die Region. Der Landtag wird alle Maßnahmen und Aktivitäten unterstützen, die zur Sicherung und Schaffung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen beitragen und klare Zukunftsperspektiven für den Standort fördern.

Der Landtag fordert die Unternehmensführung von Opel auf,

- dazu beizutragen, indem sie klare und verlässliche Aussagen zur Zukunft des Warenverteilzentrums, und zu einer möglichen Komponentenfertigung ab 2014 macht und eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich der darüber hinaus zur Verfügung stehenden Werksflächen ermöglicht.

Der Landtag beschließt:

- Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei ihrem intensiven Bemühen, diese Gespräche im Interesse der Beschäftigten unverzüglich herbeizuführen.
- Der Landtag fordert den Vorstand der Adam Opel AG auf, Verantwortung für den Standort Bochum durch eine nachhaltige Unterstützung der Entwicklungsgesellschaft Bochum Perspektive 2022 zu übernehmen. Dazu müssen die Verhandlungen zwischen der Stadt Bochum und der Adam Opel AG mit Unterstützung durch die Landesregierung jetzt schnell und konstruktiv abgeschlossen werden.
- Der Landtag bestärkt die Landesregierung darin, die Entwicklungsgesellschaft „Bochum Perspektive 2022“ und die von ihr entwickelten Projekte und Perspektiven im Rahmen des förderrechtlich Zulässigen zu unterstützen. Dabei muss die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt stehen.

- Der Landtag von Nordrhein-Westfalen bittet die Landesregierung, bei diesen Gesprächen wie bisher die Rolle des Brückenbauers und ehrlichen Maklers zu übernehmen.“

Norbert Römer
Marc Herter
Rainer Schmeltzer
Thomas Eiskirch

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Daniela Schneckenburger

und Fraktion